



1000 BRÜSSEL

21-01-1992

Leopoldstraat 6 - Rue Léopold 6  
Tel. 02/210.10.11

An den Herrn Minister  
für das Post- und  
Fernmeldewesen  
Boulevard Bischoffsheim, 29-35

1000 BRÜSSEL

//Schreiben vom

//Ref.

U/Ref.

Beilagen

23.083/23.150/23.151  
23.155/II/PD  
CJ/CB

Sehr geehrter Herr Minister,

die Vereinigten Abteilungen der Ständigen Kommission für Sprachenkontrolle haben in ihren Sitzungen vom 29. September und vom 9. Oktober 1991 die Klagen untersucht, die am 3. Mai, am 9., 10. und 18. September 1991 gegen die Postregie aufgrund der Tatsache eingereicht worden waren, daß sich die Teilnehmer einer Prüfung zur Anwerbung deutschsprachiger Sachbearbeiter bei der Post einer Prüfung zum Nachweis ihrer (elementaren) Kenntnisse der französischen Sprache unterziehen müssen. Nach Ansicht der Kläger widerspreche diese Verfahrensweise dem Erlaß des Staatsrates Nr. 35496 vom 5. September 1990.

Der Erlaß des Staatsrates Nr. 35 496 vom 5. September 1990 betrifft das durch Herrn André SCHANUS eingereichte Gesuch zur Aufhebung des Beschlusses vom 11. September 1987, durch den die Postregie den Betroffenen außerhalb des Stellenplans versetzt hatte, weil er nicht über die Kenntnis der französischen Sprache verfügte; Kenntnis, deren Nachweis nur durch die Sprache des Diploms oder durch das Bestehen einer vom Ständigen Sekretariat zur Anwerbung des Staatspersonals organisierten Prüfung erbracht werden kann.

Der Staatsrat hat den Beschluß vom 11. September 1987 aus folgenden Gründen annulliert:

(...) "In der Erwägung, daß aus Artikel 15, Paragraph 3 der koordinierten Gesetze bezüglich des Sprachengebrauchs in Verwaltungsangelegenheiten hervorgeht, daß die Postregie, bevor sie Beamte einem der Postämter des Deutschsprachigen Gebiets zuordnet und sie mit der Öffentlichkeit in Kontakt bringt, die Pflicht hat, sich zu vergewissern, ob diese Beamten über elementare Kenntnisse der französischen Sprache verfügen; daß diese Kenntnisse als nachgewiesen betrachtet werden müssen, wenn der betroffene Beamte im Besitz eines

Page 2, al. 1

AVs 23.083 / 23.150 / 23.151 / 23.155 / II / PD  
9-10.91.

Diploms oder Abschlußzeugnisses ist, aus dem hervorgeht, daß in den durchlaufenen Studien die Anzahl der Unterrichtsstunden, die in französischer Sprache abgehalten worden waren, ausreichend ist, um bei dem Inhaber des Diploms elementare Kenntnisse der französischen Sprache vorauszusetzen.

*Proven dans le Texte Allemand.*

Diploms oder Abschlußzeugnisses ist, aus dem hervorgeht, daß die Anzahl Unterrichtsstunden der durchlaufenen Studien, die dem Erlernen der französischen Sprache gewidmet waren, ausreichend ist, um bei dem Inhaber des Diploms elementare Kenntnisse der französischen Sprache vorauszusetzen.

In der Erwägung, daß der Antragsteller eine Bescheinigung des Schulleiters des Königlichen Athenäums Sankt-Vith vom 26. Oktober 1987 vorlegt, nach deren Wortlaut der Antragsteller "am 30. Juni 1966 das Abschlußzeugnis der Unterstufe des Sekundarunterrichts erlangt hat (...), die meisten der von M. SCHANUS besuchten Unterrichte in französischer Sprache abgehalten worden waren"; in der Erwägung, daß der Schulleiter in einem an den Generalinspektor-Leiter des Dienstes gerichteten Brief vom 2. Juni 1987 erklärt, daß der Antragsteller 1966 "die französische Sprache praktisch als Hauptsprache gehabt hat"; daß die Postregie, indem sie den Nachweis der elementaren Kenntnisse der französischen Sprache von dem Bestehen einer Sprachenprüfung abhängig machte, ohne zu überprüfen, ob das Diplom des Antragstellers ihn nicht davon befreite, ihre Befugnisse überschritten hat; daß der Klagegrund demzufolge berechtigt ist."

In ihrem Gutachten Nr. 19.117/B/121/B/221/226/227/229/232 vom 4. Februar 1988 bezüglich der Versetzung außerhalb des Stellenplans von Briefträgern des Deutschsprachigen Gebiets, die den Nachweis ihrer zumindest elementaren Kenntnisse der französischen Sprache nicht durch eine vor dem Ständigen Sekretariat zur Anwerbung des Staatspersonals abgelegte Prüfung erbracht haben, hat die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle sich wie folgt geäußert:  
"Angesichts der Tatsache, daß es sich um die Anwendung von Artikel 15, Paragraph 3 der durch Königlichen Erlaß vom 18. Juli 1966 koordinierten Gesetze bezüglich des Sprachengebrauchs in Verwaltungsangelegenheiten handelt, hat die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle geurteilt, daß der Beschluß der Postregie, diese elementaren Kenntnisse der französischen Sprache seitens ihres Zustellpersonals zu verlangen und den Nachweis dieser Kenntnisse durch eine von dem Ständigen Sekretariat zur Anwerbung des Staatspersonals organisierten Prüfung erbringen zu lassen, nicht gegen die koordinierten Sprachengesetze verstößt (siehe Gutachten Nr. 13 020 vom 19. Mai 1983 und Nr. 15 112 vom 5. Januar 1984)."

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle stellt nichtsdestotrotz fest, daß die koordinierten Sprachengesetze die durchlaufenen Studien als legales Kriterium für die Kenntnis einer Sprache betrachten, während die Sprachenprüfungen nur eine Ersatzlösung zum Nachweis der Kenntnisse darstellen.

Es erscheint der Ständigen Kommission für Sprachenkontrolle effektiv angebracht, den für das Unterrichtswesen des Deutschsprachigen Gebiets charakteristischen besonderen Umständen Rechnung zu tragen, insbesondere dem Artikel 8 des

Gesetzes vom 30. Juli 1963 und dem Königlichen Erlaß Nr. XI vom 30. November 1966, der den Unterricht in französischer Sprache in den deutschsprachigen Schulen und den Unterricht in deutscher Sprache in den französischsprachigen Schulen der Gemeinden des Deutschsprachigen Gebiets festlegt.

Dieser Königliche Erlaß legt fest, daß vor allem in den Abteilungen des Sekundarunterrichts ein wesentlicher Teil des Lehrplans in der zweiten Sprache erteilt werden kann, was die Feststellung zuläßt, daß man in vorliegenden Fall mit zwei Verkehrssprachen des Unterrichts konfrontiert ist.

In seinem Beschluß Nr. 22.451 vom 14. Juli 1982 (GILTAIRE-Beschluß) hat sich der Staatsrat über einen Antrag auf Befreiung von der Prüfung zur Aufnahme in den zweisprachigen Stellenplan (Artikel 43, Paragraph 3 der koordinierten Sprachengesetze) in dem Sinne ausgesprochen, daß ein solcher Fall "das Ständige Sekretariat zur Anwerbung des Staatspersonals nicht dazu berechtigt, eine Befreiung von der Prüfung zu verweigern, ohne das Bedeutung des Studienanteils zu untersuchen, dessen Verkehrssprache diejenige war, für welche die Prüfungsbefreiung angefragt wird."

Man kann annehmen, daß dasselbe gilt, wenn feststeht, daß ein Beamter der Regie zu einer Zeit am Unterricht teilgenommen hat, in der, abgesehen von den eigentlichen Französischunterricht, eine beträchtliche Anzahl Unterrichtsstunden in französischer Sprache abgehalten wurden.

Was das Problem der Befreiung von der Prüfung anbelangt, so bestätigt die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle ihr Gutachten Nr. 3043 vom 21. Oktober 1971, in dem sie geurteilt hat, daß die in Artikel 15, Paragraph 2, Unterabsatz 3 und in Artikel 53, Paragraph 3, Unterabsatz 3 der koordinierten Sprachengesetze vorgesehenen Befreiungen von der Sprachenprüfung nicht Gegenstand einer einschränkenden Auslegung sein dürfen, daß es aber angebracht ist, diese Befreiungen als Regeln zu betrachten, die eventuell eine erweiterte oder analoge Anwendung finden können, so als ob die koordinierten Sprachengesetze implizit eine Freistellung vorsähen.

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle verwies diesbezüglich auf ihre Gutachten Nr. 1410 und Nr. 1691 vom 15. Dezember 1966, in denen sie urteilte, daß zumindest elementare Kenntnisse einer Sprache vorausgesetzt werden können, wenn der betroffene Beamte Inhaber eines Diploms oder Abschluszeugnisses ist, aus dem hervorgeht, daß ein vollständiger Studienzyklus ausschließlich in dieser Sprache durchlaufen worden ist.

In diesem Zusammenhang ist es der Ständigen Kommission für Sprachenkontrolle unbegreiflich, daß der Besitz eines Diploms, aus dem hervorgeht, daß der betroffene Beamte mit Erfolg drei Studienjahre abgeschlossen hat, in denen 480

Unterrichtsstunden dem Erlernen der französischen Sprache gewidmet waren (Staatliche Technische Schule Bütgenbach), nicht als ausreichender Beweis für die elementaren Kenntnisse dieser Sprache angesehen wird.

Folglich ist die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle der Meinung, daß die Befreiung von der Sprachenprüfung aufgrund der oben angeführten Elemente von der Postregie gewährt werden kann."

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle urteilt demzufolge, daß, sobald aus einer Bescheinigung des Schulleiters hervorgeht, daß der Betroffene an einer bestimmten Anzahl Unterrichtsstunden in französischer Sprache teilgenommen hat, die Postregie der betroffenen Person keine Sprachenprüfung auferlegen darf.

Was den Vorschlag der Verwaltungsdienststelle der Postregie angeht, der darauf hinzielt, die Bewerber von der Prüfung vor dem Ständigen Sekretariat zur Anwerbung des Staatspersonals zu befreien und sie einem Test bei der Regie zu unterziehen, so vertritt die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle die Ansicht, daß es nicht in Frage kommt, eine Prüfung durch eine andere zu ersetzen. Ein Sprachentest wäre im vorliegenden Fall nichts anderes als eine verkappte Prüfung.

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle bittet Sie, ihr mitzuteilen, wie ihren Bemerkungen Folge geleistet wird.

Das vorliegende Gutachten wird den Klägern zugestellt.

Hochachtungsvoll

Der Präsident

A. VAN CAUWELAERT- DE WYELS